

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Rates

vom: 20.12.2000

von: 16.00 Uhr

bis: 20.30 Uhr

Ort: Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Kleine, Sancho-Antonio
Stv Krombach, Ulrich
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Gunter
Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz

Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda

Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Dr. Schultze, Reinhold - bis 17.50 Uhr (TOP 5)
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Strunk, Christine
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Tielsch, Ingrid
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Vom Personalrat:

VA Fronius

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Werkleiter Harms
Städt. VD Mengel
Städt. VD Kühn
Städt. VD Lehmann
Städt. OVR Weber
Städt. VD Fischer
VA Sauerland
VA Schneider
Städt. VR Scholze

Städt. VR Dorsch
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dr. Holzapfel, Heinz,
Stv Jacob, Martin
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Schwarz-Schumann, Helga

Zu Beginn der Sitzung ehrt Herr Bürgermeister Stötzel die Herren Siegfried Köhl und Werner Schulze für ihre 25-jährige kommunalpolitische Tätigkeit.

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird um die Punkte 3.3 bis 3.5, 4.2, 5.1 und 5.2 sowie 15 und 16 erweitert.

Im nichtöffentlichen Teil wird Punkt 11 ergänzt. Die Entscheidung über die Erweiterung um Punkt 12 erfolgt zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung nach entsprechenden Erläuterungen durch die Verwaltung.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Otto bestimmt.

14. Rat 20.12.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2000

Die Niederschrift wird noch nicht genehmigt.

14. Rat 20.12.2000

3. Fragestunde

3.1 Unterhaltungszustand an städtischen Gebäuden und Anlagen

Anfrage der UWG-Fraktion vom 30.11.2000

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf die Nachfrage von Herrn Bertelmann stellt Herr Baumeister heraus, dass zwischen den Grundschulen und den Sekundarstufen I und II differenziert werden muss. Für den Grundschulbereich können hinsichtlich der Fördermöglichkeiten keine positiven Perspektiven aufgezeigt werden. Er betont, dass für Modernisierungs- und Unterhaltungsaufwendungen keine entsprechenden Förderprogramme bestehen.

14. Rat 20.12.2000

3.2 Internetpräsentation des Jugendamtes

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 04.12.2000

Herr Lehmann nimmt wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Der Internet-Auftritt des Jugendamtes erfolgt zeitgleich mit der Präsentation der Stadt Siegen. Wie angekündigt, wird in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.01.2001 ein entsprechendes Konzept vorgelegt. Die Seiten wurden bisher nicht in das Netz eingestellt, da Layout, Navigation u. a. dem Gesamtbild der Stadt Siegen im Internet entsprechen sollen. Die Übernahme der redaktionellen Inhalte ist vorgesehen. Details zum neuen Design bzw. der programmtechnischen Umsetzung werden im Gesamtkonzept erläutert.

Zu Frage 2:

Mittelfristig ist vorgesehen, alle Fachbereiche und Institute der Stadt Siegen im Internet zu präsentieren. Art und Umfang orientieren sich am möglichen Nutzen für den Bürger. In erster Linie kann ein entsprechendes Interesse bei publikumsintensiven Bereichen unterstellt werden. Die Präsentation weiterer Bereiche ist mit Realisierung des Gesamtkonzeptes vorgesehen. Der Umfang aller städtischen Aufgaben lässt eine zeitgleiche Umsetzung nicht zu. Das Konzept sieht einen Einstieg im I. Quartal 2001 vor.

14. Rat 20.12.2000

3.3 Materiallager der Stadt Siegen

Anfrage des Stv Groß vom 11.12.2000

Herr Dr. Rohr nimmt wie folgt Stellung:

Das Gebäude Fludersbach 232 wird als zentrales Lager für die Aufbewahrung von zur Ausstattung von Übergangsheimen benötigtem Mobiliar, zur Lagerung von für die Bewirtschaftung erforderlichen Verbrauchsmaterialien sowie zur Unterstellung von für die Gebäude- und Grundstücksunterhaltung vorhandenen Großgeräten und Fahrzeugen genutzt. Hinsichtlich des Mobiliars ist darauf hinzuweisen, dass ausschließlich intakte, gebrauchsfähige Einrichtungsgegenstände aufbewahrt werden. Diese werden zur Ergänzung von defektem Mobiliar in den Einrichtungen benötigt. Durch die Schließung von Einrichtungen in der Vergangenheit entstandene Überhänge werden nach Möglichkeit gegen Entgelt an interessierte Stellen abgegeben.

Das Gebäude befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Siegen. Angaben zu Besitzverhältnissen und Miethöhe sind nur in nichtöffentlicher Sitzung möglich.

Die Betriebskosten für das Gebäude beliefen sich 1999 auf ca. 2.300 DM. Die Verwaltung des Lagers erfolgt durch den für die Betreuung der Unterkünfte Fludersbach 234 und 236 zuständigen Hauswart. Da die entsprechenden Tätigkeiten lediglich einen geringen Anteil der Gesamtarbeitszeit beanspruchen, ist eine Bezifferung der Personalkosten nicht möglich.

14. Rat 20.12.2000

3.4 Umweltverträglichkeitsprüfung Siegbertunnel

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.12.2000

Herr Brune hält zunächst fest, dass der Vergabeausschuss *nicht* gegen den Rat des Rechnungsprüfungsamtes den Auftrag für die Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) erteilt hat. Das Rechnungsprüfungsamt hat lediglich darauf hingewiesen, dass seines Erachtens eine Vergabe nur dann sinnvoll ist, wenn der Bau des Siegbertunnels in den nächsten 5 - 10 Jahren erfolgt. Grundsätzliche Bedenken sind ausdrücklich nicht geäußert worden.

Die in Auftrag gegebene Studie wird unter weitestgehender Verwendung des bereits vorliegenden Materials erarbeitet. Bei Bedarf erfolgt eine Aktualisierung der Grundlagen und der Bestandsdaten sowie eine methodische Überarbeitung entsprechend dem Stand der Technik und den gesetzlichen Vorgaben. Vor dem Hintergrund neuer Verkehrszahlen und zusätzlicher Netzmodelle ist insbesondere eine aktualisierte Bewertung der Lärm- und Schadstoffsituation für den Untersuchungsbereich im Rahmen der Linienbestimmung von besonderer Bedeutung. Der Umfang des Auftrages ist klar definiert, so dass die Form der Auftragsvergabe nach Zeitaufwand

gemäß HOAI konform ist. Inwieweit eine Überschreitung der Auftragssumme tatsächlich eintritt bleibt abzuwarten und ist im Einzelfall zu entscheiden. Der Rat hat in seiner Sitzung am 05.05.1995 die Aufstellung des städtebaulichen Fachbeitrages zum VEP Siegen-Mitte einstimmig beschlossen. Wie bereits ausgeführt, ist eine aktualisierte Bewertung der Lärm- und Schadstoffsituation im Rahmen der Beratungen und Entscheidungen der Ratsgremien zum VEP erforderlich.

Zu Frage 1:

Für die in 1995 fertiggestellte UVS Siegbertunnel wurden 123.768,65 DM vergütet.

Zu Frage 2:

Der in 1991 erteilte Auftrag zur UVS Siegbertunnel ist nicht mehr aktuell und entspricht nicht mehr den Anforderungen und Inhalten des sog. Merkblattes zur Umweltverträglichkeitsstudie in der Straßenplanung. Die Auftragsvergabe zur Aktualisierung der UVS erfolgt daher über die HSt. 1.665.9504.5 - Siegbertunnel. Um verfahrenssichere Abwägungsunterlagen für die Entscheidung zum VEP zu erhalten, wurden bei Auftragsvergabe die Neubauplanvarianten, das sog. Ökologie- und Grenzszenarium sowie die entsprechende Prognose Null-Variante zugrunde gelegt.

Zu Frage 3:

Die Auftragsvergabe VEP Siegen-Mitte an das Büro VPS Verkehrsplanung Dr. Stottmeister erfolgt im Mai 1995. Nach dem damaligen Zeitplan war vorgesehen, erste Ergebnisse Ende 1995 vorzustellen, was auch geschah. Die für Mitte 1996 vorgesehene abschließende Beratung und Beschlussfassung erfolgte nicht.

Gemäß dem fortgeschriebenen Terminplan zum VEP Siegen-Mitte mit Stand Mai 2000 war die Beratung und abschließende Entscheidung im Rat der Stadt Siegen für Dezember 2000 vorgesehen. Dieser Termin konnte aufgrund des erweiterten Auftragsfeldes nicht eingehalten werden. Nach der neuen Planung ist beabsichtigt, den VEP Mitte Mai 2001 abschließend zu behandeln.

Zu Frage 4:

Nach der Beschlussfassung über den VEP im Rat ist frühestens 4- 5 Jahre später mit dem Baubeginn des Siegbertunnels zu rechnen. Bis zu diesem Zeitpunkt muss als Voraussetzung das Linienbestimmungsverfahren und das Planfeststellungsverfahren erfolgreich abgeschlossen sein.

Zu Frage 5:

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat mit Schreiben vom 11.05.2000 u. a. mitgeteilt, dass im Rahmen der Vorbereitung und Fortschreibung des Straßenbauförderungsprogrammes nach GVFG über den Zeitraum nach 2004 hinaus das Vorhaben mit dem zuständigen Ministerium des Landes erörtert wurde. Nach dem Ergebnis der Besprechung wird das Vorhaben im Anhang zum mittelfristigen Programm geführt. Hierbei handelt es sich um eine Erfassung von Vorhaben, bei denen die Fördervoraussetzungen nach § 3 GVFG in absehbarer Zeit vorliegen.

14. Rat 20.12.2000

3.5 Verkaufsoffene Sonntage

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.12.2000

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Boller erklärt zu Protokoll, dass die gestellten Fragen nicht beantwortet wurden. Er hält es für erforderlich, dass sich der Ältestenrat mit der Thematik befasst.

Herr Bürgermeister Stötzel weist den Vorwurf der unzureichenden Beantwortung zurück.

14. Rat 20.12.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Lokale Agenda Siegen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 05.12.2000

Frau Strunk hält ergänzend fest, dass in anderen Kommunen wesentlich mehr Projekte angestoßen und Ergebnisse erreicht wurden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält es für erforderlich, den Agenda-Prozess neu zu beleben und unterbreitet daher den Vorschlag zur Einrichtung eines entsprechenden unabhängigen Gremiums und die Einbindung der Fachausschüsse.

Die CDU-Fraktion hält die Installation eines weiteren Beratungsgremiums mit dem Hinweis auf die Zuständigkeiten der Verwaltung und der Ausschüsse für entbehrlich, so Herr Mues,

Herr Kirchhöfer räumt ein, dass die Aktivitäten im Agenda-Prozess nach der anfänglichen Euphorie zurückgegangen sind. Er schlägt vor, die Verwaltung mit einem Zwischenbericht zu beauftragen und das Thema auf dieser Basis zu einem späteren Zeitpunkt aufzugreifen.

Auch Herr Bertelmann hält die Schaffung eines neuen Gremiums nicht für geeignet. Die positive Verfolgung der Idee der Agenda 21 hängt seines Erachtens auch wesentlich von der Besetzung des Agenda-Büros ab.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass ein Bericht zur Beratung in den Ausschüssen bereits vorgesehen ist.

◆ ◆ ◆ Der Antrag wird bis nach der Beratung in den Fachausschüssen zurückgestellt.

14. Rat 20.12.2000

4.2 Sachstandsbericht über die Sperrung des Hallenbades Löhrtor

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.12.2000

Das Hallenbad musste aus Gründen der Verkehrssicherheit geschlossen werden, berichtet Herr Dr. Rohr, da sich im Rahmen einer Untersuchung der Decke eine Überprüfung der gesamten Konstruktion als erforderlich erwiesen hat. Er erwartet genauere Informationen bis Mitte Januar.

Herr Brune ergänzt, dass für die Überprüfung der Aufhängung und des baulichen Zustandes der Deckenanlage die Aufstellung eines Gerüstes erforderlich ist. Die sicherheitstechnische gutachterliche Untersuchung wird in frühestens 4 Wochen Erkenntnisse über das weitere Verfahren liefern.

Herr Mues bittet, auch über eine mögliche Generalinstandsetzung und deren voraussichtliche Kosten zu berichten.

Herr Boller weist auf die negativen Folgen z. B. für den Schulsport hin und hält es für erforderlich, die Untersuchungen und die Entscheidungsprozesse schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen.

Vorbeugend sollten auch die anderen Bäder überprüft werden, regt Herr Morgenschweis an.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Kirchhöfer Übergang zur Tagesordnung.

Herr Groß spricht dagegen.

◆ ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen stimmt mehrheitlich mit 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zu.

14. Rat 20.12.2000

5. Einbringung des Entwurfes von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2001, des Investitionsprogrammes 2000 bis 2004 sowie der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2001 unter Einbeziehung der mittelfristigen Finanzplanung 2000 bis 2004 / 2007

Vorlagenr. 879/00 - Vorlage vom 06.12.2000

Die Reden des Bürgermeisters und des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2001 sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

◆ ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt

- den Verwaltungsentwurf von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2001 und den Vorbericht mit Anlagen
- das Investitionsprogramm und
- die 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Jahr 2001 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2000 bis 2004/2007

zur Kenntnis.

Die Entwürfe werden zur Einzelberatung an die Bezirks- und Fachausschüsse überwiesen.

14. Rat 20.12.2000

5.1 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16.02.1999; hier: Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A + B ab 01. Januar 2001

Vorlagenr. 876/00 - Vorlage vom 01.12.2000

◆ ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Vorlage im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2001 zur Kenntnis.

14. Rat 20.12.2000

- 5.2 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung der Gewerbesteuer nach Ertrag vom 16.02.1999;
hier: Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer nach Ertrag ab 01. Januar 2001

Vorlagenr. 877/00 - Vorlage vom 01.12.2000

◆ ◆ ◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Vorlage im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2001 zur Kenntnis.

14. Rat 20.12.2000

6. Satzung gem. § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) und des § 86 Bauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NW) über besondere Anforderungen an bauliche Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten im Stadtteil Siegen-Langenholdinghausen;

hier:

Gestaltungssatzung und Gestaltungsleitfaden

a) Auf § 31 GO wird hingewiesen

b) Satzungsbeschluss

Vorlagenr. 742/00 - Vorlage vom 06.10.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt aufgrund des § 7 GO NW und des § 86 BauO NW die in der Anlage 1 der Vorlage näher beschriebenen Anforderungen an bauliche Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten im Stadtteil Langenholdinghausen als Satzung.

Der örtliche Geltungsbereich umfasst den gem. § 34 Baugesetzbuch (BauGB) durch Satzung festgelegten Innenbereich (ohne den Bereich Westhang und Fußfeld) des Stadtteiles Langenholdinghausen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000

7. **Künftige Nutzung des ehemaligen Wohnheimes für Offiziere (Liegenschaft Nr. 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne)**
- Durchführungsbeschluss -

Vorlagennr. 603/00 - Vorlage vom 23.11.2000

Die CDU-Fraktion befürwortet und unterstützt das Projekt nachhaltig, so Herr Mues. Er betont dies insbesondere im Hinblick auf den im Rahmen der Diskussion über das Apollo-Theater erhobenen Vorwurf, die Errichtung des Theaters werde zu Lasten von Maßnahmen im sozialen Bereich erfolgen. Vielmehr werden im gesamten Bereich der sozialen Sicherung in 2001 Mehraufwendungen in einer Größenordnung von 15% gegenüber dem Vorjahr zu erbringen sein. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Einrichtung eines Jugendtreffs im ehemaligen Hoesch-Gebäude am Bertramsplatz zu erwähnen.

Herr Rujanski hält fest, dass sich die Bedenken der SPD-Fraktion nicht gegen das Projekt als solches richteten, sondern gegen die groben Kostenschätzungen, die vagen Finanzierungsdarstellungen und die Einschätzung des ehrenamtlichen Anteils. Er bedauert, dass die Streichung der Stelle des/der Kinder- und Jugendbeauftragten entgegen der Empfehlung des Fachausschusses vom Haupt- und Finanz-ausschuss empfohlen wurde. Dadurch wird die Qualität der Kinder- und Jugendbeteiligung gemindert.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt das Projekt, so Herr Groß. Trotz der positiven Entscheidung im Interesse der Kinder- und Jugendarbeit darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, dass z. B. mit der Errichtung des Jugendtreffs am Bertramsplatz die Schließung von zwei Einrichtungen kompensiert wird. Der Streichung der Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten wird seine Fraktion nicht zustimmen und beantragt vielmehr, dem Votum des Jugendhilfeausschusses zu folgen.

Die Realisierung des Projektes K 52 ist seines Erachtens ein wichtiger Schritt in der Jugendpolitik. Nach wie vor ungelöst ist jedoch die Kinder- und Jugendarbeit in Weidenau und der Erhalt des Angebotes bei der Schulsozialarbeit.

Frau Tielsch bedauert, dass die Stelle der/des Kinder- und Jugendbeauftragten nicht erhalten werden kann und wird sich daher der Stimmen enthalten. Sie begrüßt das Engagement aller Beteiligten und insbesondere des ehrenamtlichen Bereiches.

Herr Walter erklärt, dass die F.D.P.-Fraktion grundsätzlich die Notwendigkeit der Einrichtung bestätigt. Aufgrund der fehlenden Untersuchung alternativer Standorte wird sie dem Projekt K 52 jedoch nicht zustimmen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

An der Notwendigkeit eines Kinder- und Jugendbeauftragten wird festgehalten. Personalkosteneinsparungen aus der Nichtbesetzung der Stelle können folglich

nicht zur Refinanzierung der Betriebskosten (S. 6 der Vorlage, Tabelle unter dem Punkt 3 (Zusammenstellung), zweite Zeile) herangezogen werden. Statt dessen sind Einsparungen aufgrund des Wegfalls einer Controllerstelle zur Deckung einzusetzen.

Ergebnis: Mehrheitlich dagegen (12 Stimmen dafür)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, das ehemalige Wohnheim für Offiziere (K 52 auf dem Gelände der Heidenberg-Kaserne) als

- Kindertageseinrichtung
- Einrichtung für soziale Gruppenarbeit im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung)
- soziales Dienstleistungszentrum

zu nutzen.

Voraussetzung für eine Realisierung ist, die Mehrkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes (ohne Kindertageseinrichtungsbereich) auf jährlich 100 TDM (Sach- und Personalkosten) auf der Grundlage des Stellen-/Haushaltsplanes 2000 festzuschreiben.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (2 Gegenstimmen F.D.P.),
1 Enthaltung (UWG)**

14. Rat 20.12.2000

8. Siegener Ausweis - Sachstandsbericht

Vorlagenr. 772/00 - Vorlage vom 19.09.2000

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht zum Siegener Ausweis zur Kenntnis und beschließt, die Ausgabe des Siegener Ausweises nach den derzeit gültigen Richtlinien bis auf Weiteres fortzuführen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen), 1 Enthaltung

14. Rat 20.12.2000

9. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 2000

Vorlagenr. 841/00 - Vorlage vom 16.11.2000

Herr Boller hält es für erforderlich, die Frage der Gewinnausschüttung der Sparkasse zu thematisieren.

◆◆◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

14. Rat 20.12.2000

10. Erlass der „Satzung der Stadt Siegen über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)“

Vorlagenr. 846/00 und 846/00 A - Vorlagen vom 20.11. und 14.12.2000

Herr Rothenpieler fordert, die Abgrenzung in Weidenau beizubehalten und beantragt daher, die Formulierung in der Anlage 1 unter A 1 wie folgt zu ändern: „in Siegen-Weidenau das Gebiet des Zentrums von Weidenau, das im Norden durch die B 52, im Westen durch die Bismarckstraße, im Süden durch die Sieg und im Osten durch die DB-Gleisanlage begrenzt wird“. Es ist seines Erachtens nicht nachvollziehbar, dass das Wohngebiet an der Waldhausstraße höher eingestuft wird, als z. B. der Bereich Giersberg.

Herr Baumeister weist darauf hin, dass die in der Satzung festgelegten Gebietsabgrenzungen auf der Satzung über die Ablösung von Stellplätzen basieren. Im Falle einer Änderung müsste eine entsprechende Anpassung erfolgen. Er wirbt dafür, im Interesse eines einheitlichen Satzungsrechts dem Verwaltungsvorschlag zu folgen, zumal die Sondernutzungsgebühren im Vergleich zu den Stellplatzablösebeiträgen wesentlich weniger relevant sind.

Die Regelung hinsichtlich der Gehwegnutzung und -restbreite steht der Forderung nach einer fußgängerfreundlichen Stadt entgegen, bemängelt Herr Boller. Er beantragt daher, in § 4 Abs. 2 der Satzung die Gehwegbreite auf 2 m festzulegen.

Darüber hinaus hält er die Gebühren für die Aufstellung eines Autokrans für über-zogen und nicht im Interesse der Allgemeinheit an einer zeitlich möglichst kurzen Beeinträchtigung.

Herr Kirchhöfer tritt dafür ein, keine Entscheidung zu treffen, die ggf. Auswirkungen auf die Einnahmen aus Stellplatzablösebeiträgen haben kann.

Herr Krombach beantragt, aufgrund der offensichtlichen Unstimmigkeiten die Entscheidung zu vertagen.

Abstimmung über den Antrag des Stv Krombach:

Die Entscheidung wird vertagt.

Ergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür)

Abstimmung über den Antrag des Stv Boller:

§ 4 Absatz 2 der Satzung wird wie folgt geändert:

„... und nicht mehr als 0,30 m in den Gehweg hineinragen sowie mind. 2,00 m vom Fahrbahnrand entfernt sind, ...“

Ergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür)

Abstimmung über den Antrag des Stv Rothenpieler:

Die Formulierung in Anlage 1 unter A 1 wird wie folgt geändert: „... Gebietszone I umfasst ... in Siegen-Weidenau das Gebiet des Zentrums von Weidenau, das im Norden durch die B 52, im Westen durch die Bismarckstraße, im Süden durch die Sieg und im Osten durch die DB-Gleisanlage begrenzt wird. ...“.

Ergebnis: Mehrheitlich dagegen (13 Stimmen dafür)

Beschluss (gem. Vorlage):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der Satzung der Stadt Siegen über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen gemäß Anlage 1 der Vorlage.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (10 Stimmen dagegen), 7 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000

11. Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß §§ 14 bzw. 16 Ladenschlussgesetz im Jahr 2001

Vorlagenr. 847/00 - Vorlage vom 18.11.2000

Frau Fries lehnt die Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen grundsätzlich ab und stellt den gesetzlichen Schutz der Arbeitsruhe heraus.

Herr Groß spricht namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls dagegen, bezweifelt die rechtliche Begründetheit und sieht darüber hinaus keine sachliche Notwendigkeit zum Offenhalten von Verkaufsstätten an Sonntagen.

Frau Schleifenbaum schließt sich den Argumenten an.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen billigt die Darstellungen der Verwaltungsvorlage unter Ergänzung des geplanten Termines 24.06.2001, Marktbezirk Eiserfeld, Antragsteller Aktionsgemeinschaft „Schelden grenzenlos gut“.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (13 Stimmen dagegen), 4 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000

**12. Planung des Neubaus der Brücke Nr. 3112 - Formerstraße
- Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung -**

Vorlagenr. 855/00 - Vorlage vom 22.11.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 27.11.2000, wonach bei der Haushaltsstelle 1.631.9531.9 - Brücke Formerstraße, Baukosten - eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200.000,00 DM bereitzustellen ist.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 1.631.98541.0 - Umgestaltung Morleystraße / Brüder-Busch-Straße - in entsprechender Höhe.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000

**13. Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens für den Zweckverband Klärwerk Hüttental-Netphen
- Satzungsänderung
- Gebührenkalkulation**

Vorlagenr. 800/00 - Vorlage vom 08.11.2000

Beschluss (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. die 2. Änderungssatzung zur Satzung des Zweckverbandes "Klärwerk Hüttental-Netphen" lt. Anlage 1 der Vorlage, mit der Ergänzung des § 10 um

Absatz 5: Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen prüft die
Geschäftsbesorgung nach Maßgabe der Betriebssatzung des ESi.

2. die Gebührenbedarfsberechnung lt. Anlage 2 der Vorlage mit die Folge, die seit 1998 geltenden Gebührensätze von 3,95 DM/m³ (2,02 Euro) zu berechnenden Frischwassers für Schmutzwasser und 1,75 DM/m² (0,89 Euro) für bebaute und befestigte Grundstücksfläche für Niederschlagswasser haben auch für das Jahr 2001 Bestand,
3. die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens für den Zweckverband "Klärwerk Hüttental-Netphen" ab 01.01.2001.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000

14. Erlass einer Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren (Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse, Abwasserabgaben, Kanalanschlussbeiträgen) und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung)

Vorlagenr. 801/00 - Vorlage vom 09.11.2000

Herr Boller legt die Bedenken der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Punkten

- einheitliche Verwaltungsgebühr unabhängig vom Umfang der Prüfung,
 - Ungleichbehandlung der Anlieger beim Ersatz für Anschlussleitungen entsprechend dem konkreten Aufwand und
 - zusätzliche Gebührenerhebung für den Regenwasserabscheider
- dar. Er beantragt die Rückverweisung an den Werksausschuss und vorherige Beratung im Arbeitskreis.

Herr Kirchhöfer verweist auf die detaillierte Behandlung der Fragen im Werks-ausschuss.



Der Rat der Stadt Siegen lehnt den Antrag auf Rückverweisung an den Werksausschuss mehrheitlich ab.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung über die Erhebung von Abwasser-gebühren (Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse, Abwasserabgaben, Kanalanschlussbeiträgen) und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung):

- Die Kanalbenutzungsgebühr (Schmutzwasser) wird unverändert bei 3,95 DM/m³ (2,02 Euro) verbrauchten Frischwassers und bei 1,75 DM/m² (0,89 Euro) bebaute und versiegelte Fläche belassen.
- Die Abfuhr von Klärschlamm aus Kleinklärgruben wird von 45,94 DM auf 55,22 DM (28,23 Euro) angehoben.
- Die Verwaltungsgebühr für den Aufwand bei der Prüfung der Grundstücks- entwässerung (Erteilung einer Entwässerungsgenehmigung) wird von bisher 160,00 DM auf 170,00 DM (86,90 Euro) bei einer Erstgenehmigung und von 80,00 DM auf 135,00 Dm (69,00 Euro) bei einer Änderungsgenehmigung festgesetzt.
- Der bisherige Kanalanschlussbeitrag von 2,70 DM /m² (1,38 Euro) Geschossfläche wird vorläufig beibehalten.
- Der Kostenersatz wird anstelle von Einheitssätzen ab 01.01.2001 nach den tatsächlichen Kosten geltend gemacht.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (3 Stimmen dagegen (GRÜNE)),
1 Enthaltung**

14. Rat 20.12.2000

**15. Sanierung der Kindertageseinrichtung Birkenweg 18, Siegen-Eiserfeld
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -**

Vorlagenr. 882/00 - Vorlage vom 06.12.2000

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt nachstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 08.12.2000:

Die Kindertageseinrichtung Birkenweg 18 in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein / Olpe wird saniert. Die max. benötigten Haushaltsmittel von 233.000,00 DM ./. 13.783,00 DM Rücklage = 220.000,00 DM (aufgerundet) werden wie folgt bereitgestellt:

Im Haushaltsjahr 2000 erfolgt zur Finanzierung der Baumaßnahmen eine überplan-mäßige Mittelbereitstellung bei der HSt. 1.464.9870.1 - Bau- und Einrichtungs-kostenzuschüsse - in Höhe von 111.000,00 DM. Die Deckung dieser Mehrausgaben erfolgt durch

- a) Zuschüsse für dieses Projekt in Höhe von 56.000,00 DM,
- b) Überplanmäßige Einnahmen bei der HSt. 1.464.3620.0 in Höhe von 28.000,00 DM,
- c) Mehreinnahmen in Höhe von 27.000,00 DM bei der HSt. 1.910.3610.7 - Investitionszuweisung nach GFG -.

Die Ausfinanzierung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2001.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000

16. Ausschussneubesetzung - Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagenr. 884/00 - Vorlage vom 18.12.2000 (Tischvorlage)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Günter Lange als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

14. Rat 20.12.2000